



**öffentlich**

## **Klimaneutrale Verwaltung 2040 Landratsamt Zollernalbkreis - Jahresbericht 2024**

Vorlage zur Behandlung in folgenden Gremien:

Ausschuss für Umwelt und  
Technik

**öffentlich**

am 17.11.2025

Kenntnisnahme

### A. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Jahresbericht für das Berichtsjahr 2024 zum Sachstand „Klimaneutrale Verwaltung 2040 Landratsamt Zollernalbkreis zur Kenntnis.

### B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen: - EUR

Anlagen: Anl1\_Jahresbericht2024



## Klimaneutrale Verwaltung 2040 Landratsamt Zollernalbkreis - Jahresbericht 2024

### Zusammenfassung:

Im Bilanzjahr 2024 lag der **gesamte Endenergieverbrauch der Kreisverwaltung** mit rund 10.640 MWh **um rund 4% über dem Startjahr 2022**. Im Bereich Gebäude wirkten sich vor allem die Flächenmehrungen durch die Inbetriebnahme der Schulneubauten an den Berufsschulstandorten in Albstadt und Hechingen sowie der Flächenausbau für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) Albstadt im Verwaltungsgebäude in Meßstetten verbrauchssteigernd aus. Bei der Mobilität ist der erhöhte Verbrauch fast ausschließlich auf den PKW-Fuhrpark sowie die Transporter zurückzuführen, während alle anderen Bereiche im Wesentlichen unverändert blieben.

Bei den **Emissionen** konnte **im Vergleich zum Startjahr 2022 mit rund 2% ein geringfügiger Rückgang** auf 3.002 Tonnen verzeichnet werden. Hier begünstigten vor allem der Ausbau von Nahwärme und Biomasse den Rückgang der THG-Emissionen durch deren geringere Emissionsfaktoren. Auch beim Strom-Mix Deutschland ist der Emissionsfaktor auf Grund höherer Anteile erneuerbarer Energien an der Gesamtstromerzeugung leicht zurückgegangen, was zu einer geringeren Emissionsbelastung durch den Stromverbrauch der Kreisverwaltung geführt hat. Die mit rund 960 Tonnen deutliche Abweichung vom THG-Minderungspfad auf dem Weg zu einer klimaneutralen Kreisverwaltung kann nur durch die konsequente Umsetzung wirksamer Maßnahmen in den Bereichen Gebäude und Mobilität reduziert werden. Flächenmehrungen, deren Wärmeversorgung auf fossilen Energieträgern basiert, wirken den ergriffenen Maßnahmen entgegen.

Durch den Ausbau der Photovoltaikerzeugung konnte der Anteil des selbst erzeugten und selbst verbrauchten Stroms gesteigert werden. Dies führt zu einer direkten Entlastung bei den Bewirtschaftungskosten und leistet einen Beitrag zur Reduktion der THG-Emissionen in der nachrichtlichen Darstellung der Gesamtbilanz.

Trotz des gestiegenen Endenergieverbrauchs seit 2022 konnte der damit verbundene Emissionsanstieg aufgrund der von der Kreisverwaltung ergriffenen Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung kompensiert werden.

Der vollständige Jahresbericht für das Berichtsjahr 2024 ist in der Anlage 1 enthalten.